


FRANKFURTER INSTITUT

Argumente zur Wirtschaftspolitik



Frankfurter Institut
für wirtschaftspolitische Forschung e.V.

**Darauf kommt es an
beim Aufbau
des geeinten Deutschland**



Hiermit legt das Frankfurter Institut eine weitere Ausgabe seiner "Argumente zur Wirtschaftspolitik" vor. Sie fällt gleich zweifach aus dem Rahmen dieser vorwiegend der Kurzbehandlung von Einzelfragen gewidmeten Reihe: durch ihren größeren Umfang und durch die bei aller Knappheit grundsätzlichere Behandlung des umfassenden Themas.

Grund für diese Abweichung ist die unerhörte, alle Lebensbereiche umfassende Herausforderung, vor die wir als Deutsche mit der Wiedervereinigung und mit den sie begleitenden europäischen Umbrüchen gestellt sind. In dieser vor kurzem noch nicht einmal angedachten Lage kommt es zunächst vor allem darauf an, die Dimension der uns zugefallenen Aufgabe zu erkennen und die richtige Einstellung zu ihr zu finden. Das aber setzt - im Westen wie im Osten unseres Landes - eine Schärfung der Urteilskraft, Besinnung auf die materiellen und geistigen Bedingungen unserer Existenz sowie in vieler Hinsicht die Bereitschaft zum Umdenken und Umsteuern voraus. Nur dann nämlich wird sich die Entwicklung in Bahnen lenken lassen, die langfristig eine glückliche Zukunft versprechen.

Die nachfolgend angestellten elementaren Überlegungen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht möchten dabei helfen - nicht im Sinne detaillierter, schnell überholter Regieanweisungen, sondern als Beitrag zur Richtungsfindung, aus der sich die täglich zu fällenden Einzelentscheidungen heute und auch morgen noch ableiten lassen. Wir wenden uns damit an die große Zahl derer, die hierzulande in Politik und Gesellschaft Entscheidungen fällen oder vorbereiten sowie an alle mündigen Bürger, von deren Zustimmungsbereitschaft die politisch Handelnden letztlich abhängen.

Darauf kommt es an beim Aufbau des geeinten Deutschland

Das ruinierte östliche Drittel unseres Landes wieder aufzubauen und über dieser Anstrengung im weltweiten Wettbewerb der Volkswirtschaften nicht zurückzufallen, das ist - ungeachtet aller weltpolitischen Entwicklungen - die überragende, in nahezu alle Bereiche öffentlichen und privaten Lebens hineinwirkende Aufgabe der Gegenwart und der nahen Zukunft. Wie wir sie angehen und lösen, mehr noch, welche Einstellung wir alle zu ihr finden, das wird den weiteren Weg unseres Landes und unsere Lebensbedingungen für Jahrzehnte tief beeinflussen. Worauf kommt es in dieser Situation an? Was ist das Wesentliche? Die kaum noch überschaubare Flut gegenläufiger Analysen, Umfragen, Hypothesen und Projekte bietet dazu wenig Orientierung. Das tägliche Wechselbad von hoffnungsvollen und besorgten Prognosen, von immer neuen Vorschlägen und Ideen ist eher dazu angetan, den Blick zu verstellen.

Das Gegenteil aber tut not. Wir müssen den Kopf wieder frei bekommen: Zur nüchternen *Inspektion* der in den neuen Ländern anliegenden Aufgaben, ihrer Prioritäten und Lösungswege. Nicht minder aber zur *Introspektion*: zum ehrlich-selbstkritischen Blick auf unsere geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kondition. Sind wir in guter Verfassung, die unerhörten Herausforderungen menschlicher, wirtschaftlicher und sozialer Art zu bestehen? Oder enthüllt unser Verhalten tiefersitzende Schwächen, die wir beheben müssen, wenn der doppelte Kraftakt gelingen soll?

Ausweichen läßt sich dieser Kernfrage nicht mehr. Mit dem zusätzlichen Gewicht der verwüsteten ostdeutschen Volkswirtschaft beladen, geht es für

die gesamte Bundesrepublik - zum ersten Mal, soweit die meisten zurückdenken können - tatsächlich ums Ganze. Auf dem Spiel steht, ob der Traum der Wiedervereinigung in einer Reihe von Jahren geglückte Realität wird, oder ob er, wie von vielen befürchtet, schon bald in einen politischen und ökonomischen Alptraum für Deutschland und seine Nachbarn umschlägt.

Anfängliche Fehleinschätzungen

Daß wir allesamt, keineswegs nur die Politik, in der Beurteilung der Ausgangslage massiven Fehleinschätzungen erlegen sind, ist mittlerweile unbestritten. Gewaltig *unterschätzt* haben wir zweierlei, das tatsächliche Ausmaß der von dem Partei- und Polizeiregime hinterlassenen materiellen, geistigen und seelischen Zerstörung sowie, in der Folge, den Preis für einen Wiederaufbau, der sich auf alle Lebensbereiche erstrecken muß. Denn hinter dem übriggebliebenen Skelett des zusammengefallenen Staates, der seine Bürger so gut wie aller seit zweihundert Jahren gewachsenen Freiheitsrechte beraubt hatte, stand auch an politischer Infrastruktur nichts: kein die Bürger einbeziehendes Führungssystem, keine rechtsstaatlich geschulte Verwaltung, keine unabhängige Judikative, kein plurales Bildungssystem. Gröblich *überschätzt* aber haben wir die Möglichkeiten schneller Problemlösung für diese historische, so noch nie geprobte Umwandlung einer geschlossenen in eine offene Gesellschaft sowie die Belastbarkeit der Bürger beider Seiten mit den unausweichlichen Folgewirkungen dieser Transformation. Wahrscheinlich hätten wir auch schon früher mehr wissen können. Aber es ist Vergeudung von Zeit, jetzt darüber zu sinnieren oder gar zu rechten.

Niemand hat eine Wiedervereinigung für dieses Jahrzehnt ernsthaft in Erwägung gezogen oder gar Vorbereitungen dafür getroffen. Um so richtiger war, die kurze politische Chance dazu beherzt zu ergreifen.

Die Folgen der genannten Fehleinschätzungen: Gewaltige, durch den Anblick des hiesigen Lebenszuschnitts noch gesteigerte Erwartungen und großer Zeitdruck auf östlicher Seite, auf der westlichen hingegen die Vermutung, es ließe sich im wesentlichen so weitermachen wie bisher. Der Aufwand für Zusammenführung und Wiederaufbau gilt vielen nach den jüngsten Steuer- und Abgabenerhöhungen schon als bilanziert, die vielberufene Angleichung der Lebensverhältnisse als

“Wir müssen den Kopf wieder frei bekommen: Zur Inspektion der in den neuen Ländern anliegenden Aufgaben und zur Introspektion unserer geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kondition im westlichen Teil des Landes.”

absehbar: Die Wiedervereinigung als ein mit den Mitteln der üblichen Verteilungskämpfe zu bewältigender Buchungsvorgang.

Nichts ist irreführender. Der Prozeß, in den wir gerade erst hineingehen, diese tiefgreifende Veränderung Deutschlands und auch Europas, kostet nicht nur Geld. Sie wird uns insbesondere Änderungen im eigenen, bisher gewohnten Verhalten kosten. Doch im Zwang dazu liegt zugleich die große Chance, unsere eigenen uneingeordneten Versäumnisse und Deformationen aufzudecken und zu überwinden. Es sind, in äußerster Verkürzung, vor allem vier Befunde, die unse-

re gerade jetzt benötigten Kräfte lähmen: Mangel an Beweglichkeit, der Hang zum Handeln auf Kosten Dritter,

die Überbeanspruchung des Staates und eine schwindende Wirklichkeitsorientierung.

Wohlfahrtsstaatliche Deformationen

Mangel an Beweglichkeit

Gerade wir Deutschen bauen unsere anspruchsvollen Erwartungen und Pläne wie selbstverständlich auf eine leistungsstarke Wirtschaft, wohl wissend, daß wirtschaftliche Stabilität die Grundlage aller sozialen Sicherheit und verlässlicher individueller Lebensplanung ist. Um diese Stabilität im ganzen zu erreichen, ist im einzelnen, im täglichen Prozeß des Wirtschaftens, ein Höchstmaß an Flexibilität und Anpassung erforderlich. Doch diese Anpassungsfähigkeit ist immer geringer, unsere Gesellschaft auf vielen Feldern immer starrer geworden - verkrustet in ihren Einrichtungen, gefangen in den Ansprüchen ihrer Mitglieder und selbst im Denken unbeweglich. Die Spuren finden sich überall, wenn man nur die Augen öffnet.

Ob Regierung, Opposition oder Interessengruppen, sie alle verkünden ihre Vorstellungen und Forderungen längst in der Form von Behauptungsworten, meist ohne sich mit entgegenstehenden Auffassungen ernsthaft auseinanderzusetzen. Auch auf der Welle der Foren und Symposien wird für gewöhnlich nur noch Glaubensgut ausgetauscht und aneinander vorbeigeredet, während für die entscheidenden Themen möglichst gleich Denkverbote ausgesprochen werden. Für "politisch instinktlos" hält es die Massenorganisation DGB, daß die von der Bundesregierung berufene unabhängige Expertenkommission ein Gutachten zur Reform der Unternehmensbesteuerung vorlegt - und prompt rücken auch weite Teile der

Sozialdemokratie von einer solchen Reform ab, obwohl ihre eigenen Fachleute sich von ihrer Notwendigkeit überzeugt geben. Die wissenschaftlichen Befunde der von unabhängigen Fachleuten besetzten Deregulierungskommission gehören nach gleicher Lesart von vornherein "in den politischen Giftschrank", die Unternehmensberatung für eine effizienzsteigernde Reform der Post soll "sofort nach Hause geschickt" werden. Schon die Wortwahl dieser und zahlloser anderer Beispiele macht deutlich: In ganz zentralen, über unsere Zukunftsfähigkeit entscheidenden Fragen soll eine vernunftbestimmte Auseinandersetzung erst gar nicht aufgenommen werden, wenn sie das eigene Weltbild stört. Emotionen statt Fakten: Törichter kann ein Volk sich nicht anstellen in einer Zeit, in der nur Geistesgegenwart und wirtschaft-

"Anstaltsmäßig, flächendeckend, einheitlich und obrigkeitlich-kollektiv: So wird der wichtigste aller Märkte in Deutschland verwaltet und stranguliert, der Arbeitsmarkt."

liche Beweglichkeit die Bewältigung seiner Probleme überhaupt möglich machen.

Unbewegliches System Arbeit

In welchem Maße wir in der Praxis bereits gelähmt sind, zeigt die Erstarrung unseres Systems der Arbeitsbeziehungen. Während Flexibilität allenthalben zum Kennzeichen privater Lebensführung geworden ist, machen die Tarifparteien Arbeitszeit, Arbeits-

platz und Arbeitsablauf immer noch flächendeckend am Klischee vom "Normalarbeiter" fest. Ob bei den Lohn-, Einkommens- und Beteiligungsformen, ob beim System betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Sozialleistungen, sie klammern sich an den alten Schemen fest und stützen dieses schon lange der Generalüberholung bedürftige Tarifvertragssystem ohne Reflexion der dortigen Besonderheiten dem Osten Deutschlands einfach über. Welche Chancen werden damit vertan!

Wo in den neuen Ländern Ideenreichtum und Anpassungsfähigkeit vieles hätten bessern oder retten können, sind Unbeweglichkeit und Einfallslosigkeit zu finden: Kaum ein Gedanke an Differenzierungsmöglichkeiten der Löhne nach Knappheitsverhältnissen und Problemdruck, an Ausfächerung nach Regionen, Branchen, Betrieben und Qualifikationen. Wenig Spielräume für junge ostdeutsche Unternehmen bei der Entlohnung, kein Verzicht auf Allgemeinverbindlichkeit und ebenso wenig eine freimütige Erörterung der verschiedenen Möglichkeiten von Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen, ja nicht einmal die Auflockerung des antiquierten Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit. Anstaltsmäßig, flächendeckend, einheitlich und obrigkeitlich-kollektiv: So wird der wichtigste aller Märkte in Deutschland verwaltet und stranguliert, der Arbeitsmarkt. Die im Grundgesetz obenan stehende Entscheidungs- und Handlungsfreiheit des einzelnen aber wird nicht einmal ansatzweise ernst genommen, das darin steckende Kräfte-reservoir bleibt ungenutzt.

Unbewegliche Apparate

Einschnürende, kräftehemmende Unbeweglichkeit auch durch das hochge-

züchtete Regulierungs-, Subventions- und Bürokratiewesen: Nur in der Hälfte der deutschen Wirtschaft bilden sich die Preise noch frei im Wettbewerb. Dazu kommen Legionen von Vorschriften, mit denen die wirtschaftlichen Freiheitsrechte des einzelnen beschnitten, die Angebotsbedingungen der Wirtschaft verzerrt, Kosten und Preise hochgetrieben, die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher verschlechtert und für die Arbeitsuchenden zusätzliche Hürden errichtet werden. Tyll Necker hat dazu das treffende Bild gefunden: Es ist, als schickten wir unsere Fußball-Nationalmannschaft mit Skistiefeln in die entscheidenden Begegnungen.

Schon vor einem Vierteljahrhundert beklagte Helmut Schmidt als Hamburger Innensenator die Regelungswut einer Gesetzgebungsmaschinerie, die unter der Flagge höchstmöglicher Gerechtigkeit segle, in Wirklichkeit oft aber nur Gruppeninteressen diene. Diese Manie zur staatlichen Detailregelung aller Eventualitäten ist längst in einen Verwaltungs- und Rechtswegestaat mit aufgeblähten Apparaten und immer längeren Instanzenzügen ausgeartet. Die Dauer der Entscheidungen von Rechtsstreitigkeiten kommt oft schon einer Rechtsverweigerung gleich, obwohl wir pro Kopf sehr viel mehr Richter haben als die meisten zivilisierten Staaten. Die kommen auch mit einer einzigen Kammer ihres höchsten Gerichts aus. Bei uns aber wird, zum Entsetzen der Bundesverfassungsrichter selber, die Errichtung eines Dritten Senats beim höchsten deutschen Rechtsprechungsorgan erwogen.

Wir haben uns selber, geistig und in der Praxis, zu einem Volk von Schwerbeweglichen gemacht und müssen nun unsere Manövrierfähigkeit zurückgewinnen. Dazu ist eine große Entschlackungs-Offensive unumgänglich, die in einer Politik der kleinen, konse-

quent-beherrlichen Schritte umzusetzen ist. Die Stichworte dazu sind Deregulierung und Abbau der staatlichen Dirigistik an allen Fronten, Zurückschneiden öffentlicher zugunsten privater Tätigkeit und Förderung von

“Wir haben uns selber, geistig und in der Praxis, zu einem Volk von Schwerbeweglichen gemacht und müssen nun unsere Manövrierfähigkeit zurückgewinnen.”

Leistungsfreude und Verantwortungsbereitschaft des einzelnen. Mit Schritten in diese Richtung wurde 1982 eine lange Periode erfolgreicher Wirtschaftspolitik und allgemeiner Prosperität eingeleitet. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Grundsätze ausgerechnet jetzt verdrängt oder gar in ihr Gegenteil verkehrt würden.

Abschieben von Verantwortung

Zu einem weiteren Charakteristikum unseres Gemeinwesens hat sich das laufende Abwälzen der Folgen eigenen Tuns auf andere entwickelt. Es ist hierzulande fast schon zur Lebenshaltung geworden, ganz gleich, ob es sich bei den Lastenträgern um die verschiedenen Versichertengemeinschaften, um unsere heranwachsenden und noch nicht geborenen Generationen oder um die nicht erneuerbaren Güter unserer Erde handelt. Verbrämt wird der Mißbrauch mit dem Begriff der Solidarität. Die gesetzliche Krankenversicherung und die Tarifpraxis sind nur Beispiele für diese Entwicklung. Sie bauen inzwischen geradezu auf solchem Mißbrauch auf.

Die Krankenversicherung, vor mehr als einhundert Jahren konzipiert, um den Hilfsbedürftigen einer Tagelöhner-Gesellschaft einen “festumgrenzten Beistand in gewissen Wechselfällen des Lebens zu geben und dafür aus

der Versichertengemeinschaft die Mittel aufzubringen”, wurde in ihr Gegenteil verkehrt: Zum Instrument der Ausbeutung der Versichertengemeinschaft durch ihre eigenen Mitglieder. Ernsthaft bestritten wird dieser Befund heute nicht mehr. Dennoch traut das ganze politische Spektrum sich nicht zu, mit einer zeitgemäßen Umgestaltung des Systems wenigstens zu beginnen und - statt zur Kostendämpfung Reglementierungen und Zwang heranzuziehen - auf Verstand und Handlungsfreiheit des einzelnen zu setzen und ihn selbst bestimmen zu lassen, wie er, über seine Pflicht zur Mindestsicherung hinaus, die Prioritäten für seine Lebensführung setzen will, wofür er welche Beiträge zahlen und seine Mittel ausgeben will.

Politik und die eingefahrenen Interessenformationen halten stattdessen an den zukunftslosen Systemen der gesetzlichen Sozialversicherungen fest und wollen mit der Pflegeversicherung noch einen weiteren Zweig daranhängen. Eine solche Absicherung, die unbestritten notwendig ist, würde aber bei einer solchen Konstruktion nicht nur schon bald mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Durch ihr Umlageverfahren würden bei der Altersstruktur unserer Bevölkerung schon bald der heranwachsenden Generation kaum zu tragende Lasten aufgebürdet.

Zu Lasten Dritter agieren auch die Tarifvertragsparteien. Ihre diesjährigen Abschlüsse für Ostdeutschland nehmen dem Arbeitslosen jede Einstiegschance, ja gefährden selbst bisherige Arbeitsplätze. Die Folgekosten aber werden beim Steuerzahler abgebucht. Als sei es selbstverständlich, forderten die gleichen Tarifparteien zum Ausgleich ihrer überzogenen Verhandlungsergebnisse lautstark Erhaltungssubventionen aus dem Staatshaushalt. Ihre Mitverantwortung für die Arbeitslosigkeit aber

sicherung zuständig; bei den Tarifparteien liegt in erster Linie die Verantwortung für Vollbeschäftigung und Arbeitsbedingungen; die Notenbank wacht über die Stabilität des Geldwerts, und privates Wirtschaften entfaltet sich im Zusammenwirken der Marktteilnehmer. Diese Ordnung ist aus der Balance geraten. Wir müssen sie wieder zu gewinnen suchen.

Realitätsverlust

Gerade aus dieser Fixierung auf den Staat erwuchs unsere vierte eigentümliche Deformation: der Unwille, vielleicht sogar die Angst des einzelnen und ganzer Gruppen, der Situation ins Auge zu sehen, sich ihr zu stellen und das eigene Verhalten danach einzurichten - auch im Blick auf die ehemalige DDR und ihre Menschen, "deren Probleme mich nerven und deren Sorgen ich nicht haben möchte", wie ein Fernsehautor gerade freimütig bekannte. Daß "deren" Sorgen kraft Sachzusammenhangs mittlerweile ganz existentiell auch die unseren sind, wird darin einfach verdrängt: ein Kreislauf von Realitätsverlust und darauf basierender Fehleinstellung, über den schließlich jeder gesunde Maßstab und der Blick für die eigene Lage verloren gehen kann. Wie anders ließe sich das sonst erklären: Während, wie es in einem Lagebericht der Vereinten Nationen heißt, die Hoffnung, alle Tage satt zu werden, den nächsten Morgen nicht mehr fürchten und keine Kinder mehr sinnlos sterben sehen zu müssen, für den größten Teil der uns umgebenden Menschheit immer noch unerfüllbar ist, verlangen Gewerkschaftsfunktionäre für den deutschen Arbeiter im Sommer 1991 hitzefrei.

Unrealistische Zeitvorstellungen

Der Wiederaufbau Ostdeutschlands braucht Zeit, viel Zeit. Selbst wenn es

gelingt, die Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern Jahr für Jahr um 10% zu steigern, wird es weit mehr als ein Jahrzehnt brauchen, das Produktivitätsgefälle einzuebnen. Doch selbst das ist nur erreichbar, wenn die Politik konsequent auf den Markt setzt. Tatsächlich aber ist schon aufgrund der bisher getroffenen Fehlentscheidungen zu erwarten, daß es sehr viel länger dauert. Für lange Zeit sind erhebliche Transferzahlungen von West nach Ost unumgänglich und beeinflussen damit auch unseren gewohnten Lebensschnitt.

Nichts naheliegender, als dies offen und einfach zu sagen. Doch statt realistische Ziele für realistische Zeiträume zu verkünden, gefallen sich Politiker und Funktionäre darin, die Aufgabe als schon bald gelöst darzustellen - mit den bekannten, üblicherweise der Bergwelt entnommenen Sprachverrenkungen vom Tunnel bis zur Talsohle, wobei darüber hinweggegangen wird, daß nach der Talsohle die Mühen und Probleme des Aufstiegs überhaupt erst beginnen. Dennoch stellen Politiker die Angleichung der "Eckwerte" in den Lebensverhältnissen bereits für 1994 in Aussicht. So wird schon kurz nach dem Start zum Marathon die Illusion genährt, das Rennen sei bereits gelaufen. Aber wer vor der Zeit Entwarnung gibt, lähmt die Bereitschaft zu vollem Einsatz, auch zum Opfer. Das wiederum rückt das Ziel weiter hinaus und programmiert ständige Enttäuschungen.

Mit dieser Taktik der Beruhigung statt Aktivierung läßt sich aber die für die Wirtschaftspolitik dieser Jahre unerläßliche Akzeptanz und Zahlungsbereitschaft der westdeutschen Bürger nicht gewinnen und erst recht nicht halten. Es gibt dafür nur einen Weg: so sorgfältig wie möglich zu sagen, in welchem Zeitraum welche Mittel für

welche Zwecke verfügbar gemacht werden müssen und, genauso wichtig, was sich hier wie dort an lieb gewordenen Gewohnheiten ändern muß, damit wir zum Erfolg kommen können.

Unrealistische Finanzierungsvorstellungen

Unrealistisch auch die vielverbreiteten Fehlvorstellungen von der Verfügbarkeit und Rolle insbesondere der öffentlichen Mittel beim Wiederaufbau Ostdeutschlands. In einem kürzlichen gemeinsamen Aufruf der Ministerpräsidenten Biedenkopf und Engholm sowie einiger Kirchen- und Gewerkschaftsführer heißt es: "Der Reichtum, den die alte Bundesrepublik durch vier-

"Nur ein Weg steht offen: so sorgfältig wie möglich zu sagen, in welchem Zeitraum welche Mittel für welche Zwecke verfügbar gemacht werden müssen und, genauso wichtig, was sich hier wie dort an lieb gewordenen Gewohnheiten ändern muß, damit wir zum Erfolg kommen können."

zig Jahre hindurch erarbeitet hat, reicht aus, um ein Zusammenwachsen zwischen dem Ost- und Westteil unseres Landes in Freiheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen."

Vereinfachende Erklärungen dieser Art nähren die doppelte Illusion, Geld könne alles richten und sei in ausreichendem Maß verfügbar. Beides ist falsch. Geld, nicht konsequent wachstums- und arbeitsplatzfördernd eingesetzt, sondern für konsumtive Zwecke ausgegeben, deckt die Probleme nur zu. Die schweren unterdes weiter und werden immer größer, während das Geld sich erschöpft. So verhält es sich beim statistischen Verstecken von Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze sind nicht mit Geld-

schieben sie einfach der Regierung zu. Dieser wird dann von Gewerkschaftsseite in stereotyper Wendung "Unverantwortlichkeit" vorgeworfen. Sie wird "energisch aufgefordert, Beschäftigung zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen", während sich die Arbeitnehmerorganisation ihrerseits mit den Arbeitslosen "solidarisch erklärt" und zur gleichen Zeit mit ihrer Tarifpolitik deren Schicksal besiegelt.

Von da ist es nur ein Schritt bis zur Leugnung aller Zusammenhänge und zur Forderung des miteinander Unvereinbaren. So schafft es IG Metall-Chef Steinkühler - nachdem die von ihm durchgesetzten Abschlüsse unter dem Strich zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig gemacht und der Staatskasse dadurch weitere Milliardendefizite beigebracht haben - in einem Atemzug die hohe Staatsverschuldung anzuprangern, zu höheren Staatsausgaben aufzufordern und Einsparungen im Staatshaushalt zu kritisieren. Das Beunruhigende an diesen Vorgängen: Sie fallen schon nicht mehr auf. Ein jeder applaudiert nur seinen vermeintlichen Interessenvertretern und wiegt sich im Trugschluß, die Rechnung würden andere begleichen. Doch sie fällt auf jeden einzelnen zurück und wird immer höher.

Überforderung des Staates

Ein dritter, den gleichen Geist verräterender Wesenszug der bundesdeutschen Gesellschaft ausgangs des 20. Jahrhunderts: Die Bürger sind auf dem Wege, ihre Erwartungen und Ansprüche vornehmlich an Staat und Kollektiv statt an sich selbst zu richten.

Was der Staat sich inzwischen aufgeladen hat, ist beängstigend. Vom Ordnungsfaktor und Helfer in der Not ist er inzwischen zum Verantwortlichen für die Lebenszufriedenheit und das Le-

bensglück seiner Einwohner geworden. Jahrzehntlang haben die Parteien gewetteifert, nicht nur Ansprüche entgegenzunehmen - jeder, der Ansprüche geltend macht, gilt bis heute allein schon deshalb als politischer Faktor -, sondern haben eigenhändig immer neue definiert. Darüber entartete der Staat zu einer riesigen, auf die Befriedigung von Bedürfnissen ausgerichteten Maschinerie. Wer bei diesem permanenten Schlußverkauf nicht zulangt und draufsattelt, steht schnell als der Dumme da.

Jüngste Repräsentativbefragungen der westlichen Bundesbürger zu ihren wohlfahrtsstaatlichen Ansprüchen und

"Es gibt keine schlagenden Lösungen aus Amts-, Regierungs- oder Oppositionsstuben. Zum Mißerfolg verurteilt sind alle Ansätze, die sich um die beharrlich wirkenden Kräfte des Marktes nicht scheren."

zu den von ihnen für richtig gehaltenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen alarmieren. Für rund drei Viertel von ihnen ist der Staat dafür verantwortlich, den finanziell Schwachen eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen und für jeden, der arbeiten möchte, auch einen Arbeitsplatz bereitzuhalten. Mehr als die Hälfte befürwortet eine staatliche Kontrolle der Preise und Gewinne, beinahe ebenso viele plädieren für staatliche Einschränkungen bei der Einfuhr ausländischer Waren. Ein Teufelskreis falschen Denkens.

Denn Bedürftigkeit, die immer weniger nach der Eigenkompetenz fragt, wird zum Dauerzustand. Ansprüche werden nicht mehr abgearbeitet, sondern in laufender Folge neu und verstärkt produziert. Und der Staat, der die Loyalität der Massen fast nur noch

durch die von ihm verteilten Sozialleistungen zu gewinnen sucht, kann sich nur noch über Wasser halten, indem er die Kosten in immer größerer Höhe wieder auf die Bürger verteilt. Mit der wachsenden Diskrepanz zwischen Erwartungen und deren Einlösung aber sinkt die Achtung vor dem Staat und das allgemeine Zufriedenheitsniveau.

Eigentlich müßten die Illusionen längst verfliegen sein: Der Staat hat heute weniger Reserven denn je und schon gar keinen "Krisenmechanismus" zur Hand, der die Probleme per Knopfdruck lösen könnte. Dennoch wird dieser Wunderglaube von allen Seiten beharrlich weiter gepredigt: Von einer Sozialdemokratie, die in staatlicher Industriepolitik das Heil sucht, ebenso wie von Verbänden der Christdemokraten, die auf dem wirtschaftlichen und sozialen Feld "neue Aufgaben für den Staat" sehen und ihre Gesamtpartei auf den gleichen Kurs der "politischen Lösung" unserer Probleme bringen möchten. Die Gefahr ist groß, daß sich auf diesem Nenner ein stillschweigender Konsens des von "Sofortprogrammen" faszinierten politischen Establishments herausbildet. Doch der würde unsere Infarktgefährdung nur weiter erhöhen.

Es gibt keine schlagenden Lösungen aus Amts-, Regierungs- oder Oppositionsstuben. Und schon gar nicht erfolgversprechend sind Ansätze, die sich um die beharrlich wirkenden Kräfte des Marktes nicht scheren. Im Gegenteil. Nur unter Wirkung von Markt und Wettbewerb entstehen leistungsfähige Wirtschaftsstrukturen und konkurrenzfähige Arbeitsplätze. Doch damit diese Kräfte wirken können, müssen Voraussetzungen und Rollenverteilung stimmen: Der Staat ist neben seiner Rechtssicherungs- und Ordnungsfunktion für offene Märkte und für soziale Ab-

überweisungen zu schaffen, sondern nur mit privaten Investitionen auf breiter Front. Die aber setzen den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung voraus. Schon sehen ernstzunehmende Stimmen in den angelaufenen jährlichen Transferleistungen in dreistelliger Milliardenhöhe eher ein Hindernis für den zügigen Übergang in die Marktwirtschaft.

“Arbeitsplätze sind nicht mit Geldüberweisungen zu schaffen, sondern nur mit privaten Investitionen auf breiter Front. Die aber setzen den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung voraus.”

Zum anderen wäre auch nicht im entferntesten hinreichend Geld beschaffbar, um die Angleichung der Lebensverhältnisse durch staatliche Dauersubventionen zustande zu bringen. Die aus der Vergangenheit übernommene Verschuldung der öffentlichen Haushalte und vor allem der für die nächsten Jahre absehbare Umfang der Neuverschuldung ist eine ernste Bedrohung für Wachstum und Geldwertstabilität. Ein noch weiter wachsender Staat aber könnte den produktiven Teil der Volkswirtschaft in die Knie zwingen und damit auch die soziale Stabilität. Wenn in solcher Lage weiterhin undifferenziert vom Teilen geredet und alle Hoffnungen daran geknüpft werden, wenn als neue Rechen Einheit für Hilfeleistungen nach Osteuropa nach der Milliarde jetzt die Billion eingeführt wird, wiegt das die Menschen in irrealen Vorstellungen und in einer trügerischen Sicherheit.

Unrealistisches Wirtschaftsbild

Die gefährlichsten Fehlvorstellungen aber betreffen unsere Wirtschaftsordnung selbst, ihre Voraussetzungen und Wirkungsweise. Entlarvend dafür ist schon das törichte Gerede vom “markt-

wirtschaftlichen Urknall”, aus dessen Ausbleiben Verführer und Verführte auf das Versagen der Marktwirtschaft schließen.

Ausgerechnet zum Zeitpunkt, in dem die Marktwirtschaft ihre Anziehungskraft beweist und ihre ganze Leistungsfähigkeit benötigt wird, um die neuen Länder wiederaufzubauen und die Volkswirtschaft des ganzen Landes weiterhin leistungsfähig zu halten, kommt sie so unter Beschuß. Am direktesten von den sich treu gebliebenen ideologischen Gegnern dieser Ordnung, die in den Gazetten unablässig vor der “zerstörerischen Logik dieser kapitalistischen Gesellschaft” warnen, vor der “unbeschränkten Marktwirtschaft mit ihrem rigorosen Ökonomismus, der in einer menschlichen Gesellschaft nicht möglich sein darf”. Subtiler und deshalb gefährlicher sind die Aktionen derer, die das System nicht offen abschaffen, sondern von innen aushöhlen möchten, um sich seiner um so besser bedienen zu können. Hierzu

Besondere Gefahrenherde beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer

Die ordnungsgemäße Rollenverteilung zwischen privater und staatlicher Initiative und die Beachtung der übrigen marktwirtschaftlichen Funktionsvoraussetzungen entscheiden auch über Erfolg oder Mißerfolg der Anstrengungen zum Wiederaufbau der neuen Bundesländer. Oberstes Ziel der Bemühungen muß es sein, die neuen Länder nicht zu Dauerpatienten, sondern sie aus eigener Kraft überlebensfähig werden zu lassen. An selbstgestellten Fallen auf dem Weg dahin fehlt es nicht. Die hier genannten sind besonders gefährlich.

zählen die skizzierten Anläufe zur Ausschaltung von Wettbewerb, zum Hineinziehen des Staates und damit der politischen Einflußgruppen in den täglichen Wirtschaftsprozess, kurz zur Vergesellschaftung marktwirtschaftlicher Prozesse. Neu ist das keineswegs, nur wird es heute mit dem angeblichen “Versagen der Marktkräfte” beim Wiederaufbau begründet und findet damit zusätzliche Resonanz. Als Ausweg wird die “Beschränkung der Marktwirtschaft” gefordert - einer Marktwirtschaft, die der brandenburgischen Sozialministerin Hildebrandt am Rande eines Kirchentags schlicht als “etwas ganz Schlimmes” erscheint. Wahrscheinlich hat Manfred Stolpe recht: Der Kampf der Systeme geht in den Köpfen weiter. Er wird mittlerweile, offen wie verdeckt, auf vielen Schauplätzen und in den unterschiedlichsten Allianzen geführt. Auch der vielen vorschwebende “große Konsens” der Parteien auf dem kleinen gemeinsamen Nenner staatlicher Steuerung ist Teil davon.

Die Treuhandanstalt nicht falsch programmieren

In dem zuvor noch nirgends durchlaufenen Prozeß des völligen Systemwechsels von der Zentralverwaltung zur Marktwirtschaft kommt der Treuhandanstalt eine Schlüsselrolle zu. Ihr wurde das Monopol der Privatisierung, Sanierung und Stilllegung, sprich die Konkursverwaltung, der rund 9000 ehemals Volkseigenen Betriebe übertragen. Daß der Hauptakzent ihrer Arbeit auf der Überführung in Privateigentum liegen muß, folgt schon aus

der Logik und den Antrieben der friedlichen Revolution im östlichen Deutschland selbst. Die Menschen hatten in vier Jahrzehnten erfahren: Ein Moloch Staat, der alles produktive Vermögen an sich reißt, nimmt dem einzelnen mit der wirtschaftlichen auch die persönliche Gestaltungsmöglichkeit seines Lebens und führt, daraus resultierend, zu einer ökonomischen Ineffizienz des ganzen, die unweigerlich im Kollaps endet.

Überführung der vom Staat befehligten Betriebe in Privateigentum ist also die direkte Konsequenz der Revolution in der DDR und die vordringlichste Aufgabe der Treuhandanstalt. Um sie bewältigen zu können, ist die Treuhand auch in Zukunft auf die Rückenbedeckung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte angewiesen, denen an einer dauerhaften, soliden Wiederbelebung der Wirtschaft in den neuen Ländern gelegen ist.

Statt dessen verstärkt sich auf der politischen Bühne der Druck, die ursprüngliche Prioritätensetzung der Treuhandanstalt zu verändern und der Sanierung gleichen Rang beizumessen wie der Privatisierung. Dahinter steht die irrierte Auffassung von einem fundamentalen Gegensatz zwischen Privatisierung und Sanierung, einer der Schnell- und Trugschlüsse, auf die in unserer Gesellschaft zunehmend weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen gegründet werden. In Wirklichkeit kommt die Treuhandanstalt ihrem Sanierungsauftrag dadurch am ehesten nach, daß sie, wo immer möglich, ostdeutsche Betriebe an Interessenten - auch an Mitarbeiter im Wege des Management Buy Out - verkauft, die bereit sind, diese Unternehmen wieder flott zu machen, also zu sanieren. Daß sie dieses Handwerk besser verstehen als staatliche Behörden, dürfte weltweit erwiesen sein.

Privatisierung ist mithin der aussichtsreichste Weg zur Sanierung, schon weil der Investor für gewöhnlich sein Interesse, sein Kapital, sein Know-how und, in gewissem Sinne, sein eigenes Schicksal mit dem des von ihm erworbenen Unternehmens verknüpft. Zugleich stellt die Privatisierung einen Erfolgstest für die Sanierungsfähigkeit dar, wie ihn Verwaltungsentscheidungen nicht bieten können. Schon von daher

“Überführung der vom Staat befehligten Betriebe in Privateigentum ist die direkte Konsequenz der Revolution in der DDR und die vordringlichste Aufgabe der Treuhandanstalt.”

ergibt sich: Die umfassende Sanierung einer ganzen Volkswirtschaft oder auch nur von Teilen daraus kann niemals Aufgabe einer staatlichen Anstalt sein. Sie wäre damit hoffnungslos überfordert. Das schließt die Unternehmenssanierung durch die Treuhand im Einzelfall nicht aus. Falsch ist allerdings die dafür gern gegebene Begründung, eine solche Sanierung erleichtere das anschließende Privatisieren zu einem “angemessenen Preis”. Das stimmt schon deshalb nicht, weil der Sanierungsaufwand der öffentlichen Hand, der in die spätere Preisforderung der Treuhand eingehen müßte, nach aller Erfahrung höher ist als bei rechtzeitiger Sanierung durch den Erwerber selbst.

Die betriebs- und volkswirtschaftlich, vor allem aber politisch wohl schwierigste Frage stellt sich immer wieder aufs neue bei angestrebten, aber zunächst nicht realisierbaren Privatisierungen und geht in ihrer Bedeutung weit über jeden Einzelfall hinaus: Wieviel Zeit darf sich die Treuhand für die Suche nach Investoren nehmen und wieviel Mittel darf sie unterdes in die

Fortführung eines Unternehmens stecken, ehe es - wenn letztlich mangels Rentabilität nicht an den Mann zu bringen - stillgelegt werden muß? Die Entscheidung dieser Frage nach rationalen Kriterien - durch den Druck von Gruppeninteressen und die darauf reagierenden politischen Rücksichtnahmen belastet - wird um so schwieriger und drängender, je mehr Betriebe bereits privatisiert worden sind und je problematischer der verbleibende Rest wird.

Gewiß, die Entscheidung ist für jeden Einzelfall neu zu treffen. Dennoch gibt es auch hier allgemein gültige Kriterien, die man beachten und Fallstricke, die man vermeiden muß. So naheliegend es für die Treuhand ist, ihre mit einer sofortigen Stilllegung verbundenen Aufwendungen - insbesondere die Sozialplankosten - in die Entscheidungsfindung über Schließung oder begrenzte Betriebsfortführung einzubeziehen, so abwegig wäre es, in kameralistischem Kalkül das bei einer Betriebsschließung fällig werdende Arbeitslosengeld oder den temporären Ausfall von Sozialbeiträgen und Steu-

“Privatisierung ist der aussichtsreichste Weg zur Sanierung, schon weil der Investor sein Interesse, sein Kapital, sein Know-how und sein eigenes Schicksal mit dem des von ihm erworbenen Unternehmens verknüpft.”

ern zum Kriterium zu machen. Denn nicht nur fehlen die für das zweifelhafteste Weiterführen von Betrieben aufzuwendenden Ressourcen dort, worauf sie konzentriert werden müßten - auf Unternehmen mit echten Überlebenschancen. Viel wichtiger noch: Aus der dem Aufbau in den neuen Ländern allein gerecht werdenden dynamischen Perspektive versperrt eine solche unter statischen Vorzeichen aufgezeichnete Scheinsanierung häufig erfolgreichen

Mittelständlern den Handlungsspielraum und verhindert damit die für die Gesundung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern lebensnotwendige strukturelle Anpassung.

Die Erfahrung lehrt: Länger dauernde Subventionen schreiben meist die alten Strukturen fest. Sie setzen damit fort, was durch die Revolution und den grundstürzenden Wechsel des Wirtschaftssystems gerade überwunden werden sollte: chronische Ineffizienz und Wettbewerbsschwäche. So werden vorzeigbarer Hinhalte-Erfolge wegen echte Entwicklungsmöglichkeiten verbaut. Es ist nun einmal so: Wenn sich trotz von der Treuhand angedienter Investitionszusagen kein privater Übernehmer finden läßt, legt das zumindest die Vermutung fehlender Sanierungsfähigkeit nahe. Daran vermag auch die Treuhand nichts zu ändern.

“Die Erfahrung lehrt: Länger dauernde Subventionen schreiben meist die alten Strukturen fest. Sie setzen damit fort, was durch die Revolution und den grundstürzenden Wechsel des Wirtschaftssystems gerade überwunden werden sollte: chronische Ineffizienz und Wettbewerbsschwäche.”

Was auf Dauer aus eigener Kraft nicht überleben kann, muß im wohlverstandenen Allgemeininteresse, das ja auch die Individualinteressen trägt, eingestellt werden.

Natürlich, auch die Treuhandanstalt arbeitet nicht im staats- und gesellschaftsfreien Raum. Sie kann daher bei ihren Entscheidungen auch struktur-, regional- und sozialpolitische Aspekte nicht völlig ausklammern. Doch die Treuhand ist keine Anstalt mit politischem Auftrag. Ihr wurden vielmehr wirtschaftliche Aufgaben von höchstem Schwierigkeitsgrad übertragen,

und die muß sie nach den dafür geltenden Kriterien unter effizientem Einsatz der begrenzten Mittel angehen und lösen. Bei dieser Aufgabenverteilung muß es bleiben. Würde die Treuhand hingegen zum Instrument der Durchsetzung einander häufig widersprechender regional-, struktur- und arbeitsmarktpolitischer Interessen umgepolt, dann würde sie unweigerlich zwischen den Mahlsteinen politisch-gesellschaftlichen Drucks zerrieben und könnte, zum Schaden des Landes und seiner Menschen, ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen.

Den Arbeitsmarkt nicht weiter verfälschen

Von existentieller Bedeutung für den Aufbau der neuen Länder und für die künftigen Lebenschancen seiner Bewohner sind Beschaffenheit und Entwicklung des dortigen Arbeitsmarkts. Um so besorgniserregender ist die Tatsache, daß die von Staat und Tarifparteien seit geraumer Zeit betriebene Arbeitsmarktpolitik den daraus herrührenden Anforderungen immer weniger gerecht wird und sich zunehmend an Gefälligkeitskriterien zugunsten der Arbeitsplatzinhaber orientiert. Daß die schon angesprochenen drastischen Lohnerhöhungen mit ihrem immensen Kostenschub auch die Privatisierungsmöglichkeiten der Treuhand eingeschränkt haben, wurde schon dargestellt (Argumente Nr 36/April 1991). Mehr noch: Mit diesen durch die Produktivität der Arbeitsplätze nicht mehr gedeckten Arbeitskosten - die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen erreicht in Ostdeutschland derzeit durchschnittlich 28,5% des Westwertes - wurden bisherige Produktionskapazitäten endgültig wettbewerbsunfähig und vorhandene Anlagen praktisch wertlos gemacht. Einen Wirtschaftsaufschwung in den neuen Bundesländern, der überwiegend auf den vorhan-

denen Kapazitäten aufbauen könnte, kann es so gut wie nicht mehr geben. Heute geht es vielmehr in weiten Teilen um einen vollständigen Neu-Aufbau. Der aber erfordert nicht nur ein Investitionsvolumen, das die gewöhnliche Vorstellungskraft sprengt, sondern einfach auch Zeit. Zu deren Überbrückung muß - über die aufzubringenden Investitionsbeträge hinaus - der größere Teil der Konsummöglichkeiten in den neuen Ländern durch staatliche Hilfe des westlichen Teils Deutschland finanziert werden, insbesondere in Form von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, von Qualifizierungs- wie von Arbeitsförderungsmaßnahmen, und dies wiederum um so höher, je weniger Arbeitsplätze gehalten werden können.

Sicher ist: Die Erfolgchancen des inzwischen angelaufenen wirtschaftlichen Aufholprozesses der neuen Länder hängen wesentlich vom Leistungsvermögen und von der Leistungsbereitschaft der dort lebenden Menschen ab. Daß diese nach vierzig Jahren Sozialismus ihre aufs Überleben unter ganz anderen Bedingungen ausgerichteten Fähigkeiten, Denk-, Arbeits- und Verbrauchergewohnheiten

“Sicher ist: Die Erfolgchancen des inzwischen angelaufenen wirtschaftlichen Aufholprozesses der neuen Länder hängen wesentlich vom Leistungsvermögen und von der Leistungsbereitschaft der dort lebenden Menschen ab.”

nicht über Nacht abstreifen und mit Einführung von Währungsunion und Marktwirtschaft gegen westliche Einstellungen eintauschen konnten, hätte selbstverständlich sein müssen und hat im übrigen viele auch zu Opfern profit-süchtiger Geschäftemacher gemacht. Und doch: Das Arbeitspotential der neuen Bundesländer ist deren wichtig-

ster positiver Standortfaktor. Um ihn zur vollen Entfaltung zu bringen und den überall anzutreffenden Leistungswillen in die richtigen Bahnen zu lenken, sind freilich die vorhandenen Qualifikationen mit Hilfe professionell angelegter und durchgeführter Programme, durch Schulung und Umschulung an den Standard westlicher Industrienationen heranzuführen.

Doch gerade hier ist der Vollzug hinter den Erwartungen und Erfordernissen bisher weit zurückgeblieben - mangels hinreichender organisatorischer wie personeller Voraussetzungen und nicht zuletzt durch eine fehlgeleitete Arbeitsmarktpolitik selbst. So erweisen sich die tariflichen Vereinbarungen zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes als - wie die Bundesanstalt für Arbeit selber einräumt - "Hindernis sowohl für eine Arbeitsaufnahme als auch für die Teilnahme an einer Berufsbildungsmaßnahme". Auch an Sinn und Nutzen der mit riesigem Aufwand aufgelegten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sind Zweifel angebracht. Auf den ersten Blick mag das Bemühen einleuchten, an die Stelle von Arbeitslosigkeit nunmehr Beschäftigung zu setzen - zur Beseitigung von Umweltlasten, zur Aufarbeitung von Mülldeponien oder zur Verbesserung der Gewässerqualität. Bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, daß viele dieser Projekte den wirtschaftlichen Aufholprozeß eher behindern als fördern. Vielerorts machen die von den Gemeinden beschäftigten ABM-Kräfte heimischen, gerade aufgebauten Betrieben bereits heftige Konkurrenz. Die einzelne Gemeinde kosten die Maßnahmen kaum Geld, finanziert doch die Bundesanstalt für Arbeit die Gehälter und übernimmt selbst einen Teil der anfallenden Sachkosten. Private Unternehmen hingegen, die echte, dauerhafte Arbeitsplätze aufbauen könnten, vermögen nicht mitzuhalten

und geraten unter die Räder. Die von den Handwerksbetrieben in den neuen Ländern vorgelegten Zahlen bestätigen diese schon im Keim bedenkliche Entwicklung. Es wäre daher, um wirklich Arbeitsplätze zu schaffen, zweckdienlicher, die staatlichen Mittel - beispielsweise für die Verbesserung der standortrelevanten Faktoren - im Wege öffentlicher Ausschreibung zur Auftragsvergabe an arbeitsplatzschaffende mittelständische Unternehmen einzusetzen, statt sie für die zeitweilige Finanzierung unechter, später wieder aus den öffentlichen Haushalten gestrichener Arbeitsbeschaffungsplätze aufzubrauchen. Denn die Beschäftigung, die diese befristeten Maßnahmen den Arbeitnehmern bieten, ist eher vorgetäuscht und das über Subventionen für diese Tätigkeit gezahlte Entgelt in Wirklichkeit dem Arbeitslosengeld nahe. Letzteres klar auszuweisen wäre nicht nur ehrlicher. Es würde auch bei allen Beteiligten sehr viel eher Wille und Kraft zur Überwindung der gegenwärtigen Situation wecken.

Den Wohnungsmarkt nicht abwürgen

Zu den weiteren elementaren Voraussetzungen des Aufschwungs und der Lebensverbesserung für Millionen von Menschen in den neuen Ländern zählt die deutliche Anhebung der dortigen Wohnqualität. Um sie zu verbessern, muß das fast vollständig verstaatlichte Wohnungswesen von Grund auf neu geordnet werden. Extrem niedrig festgezurrte Mieten haben jede Substanzerhaltung - und erst recht jede Neuerung, wie etwa die der energieverschwendenden Heizungsanlagen - wirtschaftlich von vornherein unmöglich gemacht und damit direkt zum Verfall von Gebäuden und ganzen Stadtteilen geführt. Deshalb hat die letzte, schon frei gewählte DDR-Regierung noch ihre Absicht bekundet, ab Anfang 1991

die allumfassende Subventionierung der DDR-Wohnungswirtschaft durch eine stufenweise Anhebung des Mietniveaus im Rahmen der Einkommensentwicklung abzubauen. Doch mit dem Beitritt zur Bundesrepublik hatte die gesamtdeutsche Regierung dieses Vorhaben erst einmal bis zum Sommer 1991 ausgesetzt. Inzwischen ist als Termin für die ersten Mietanhebungen der 1. Oktober 1991 festgesetzt. Von sozialen Rücksichtnahmen einmal abgesehen geht es der Regierung bei ihren bescheidenen Mietanhebungen darum, die Realeinkommen der Bürger in den neuen Bundesländern nicht allzu stark zu schmälern, um so keine weiteren Anreize für eine noch stärkere Abwanderung zu setzen. Richtig aber ist, daß auch ein vom Markt bestimmtes Mietniveau in den neuen Bundesländern deutlich niedriger sein muß und sein wird als in den alten Ländern. Keineswegs aber folgt daraus, daß die Mieten künstlich niedrig oder die Wohnungen in der Zwangsbewirtschaftung gehalten werden müssen. Im Gegenteil. Eine Zwangssubventionierung des Arbeitsangebotes in Höhe von weiteren 1 bis 1,5 Milliarden DM pro herausgeschobenem Monat zu Lasten der kommunalen wie privaten Wohnungswirtschaft - und um nichts anderes handelt es sich hier - verursacht im Zweifel nicht geringere, sondern höhere Kosten als eine

"Eine Zwangssubventionierung des Arbeitsangebotes zu Lasten der Wohnungswirtschaft verursacht im Zweifel nicht geringere, sondern höhere Kosten als eine Wirtschaftspolitik, die zur Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen den direkten Weg einschlägt."

Wirtschaftspolitik, die zur Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen den direkten Weg einschlägt. Gerade ein gesundes Wohnungswesen wird die Attraktivität der neuen Bundesländer

erhöhen und damit seinen Beitrag dazu leisten, die Arbeitskräfte in ihrer Heimat zu halten sowie unentbehrliche Fachkräfte von draußen zu gewinnen. Mieten, die langsam steigen, um allmählich marktgerecht zu werden, stehen dem nicht entgegen. Sie ermöglichen überhaupt erst die Erreichung dieses Ziels.

Daß diese Zusammenhänge den meisten Menschen nicht auf Anhieb erkennbar sind, hat einen einfachen Grund: Wohnung wird als ein gesondertes, durch Immobilität und lange Lebensdauer von den übrigen "Waren" unterschiedenes Gut betrachtet. Daraus wird der falsche Schluß gezogen, hier könne - ohne nachteilige Auswirkungen für die Wohnungssituation - der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt und dem investierten Kapital eine marktgerechte Rendite vor-enthalten werden.

Finanzpolitik neu ausrichten

Alle Bemühungen um die Wiederauf- richtung Ostdeutschlands und selbst der vermeintlich gefestigte Wohlstand des Westens aber stehen und fallen mit der Solidität der öffentlichen Finanzen. Geraten sie erst außer Kontrolle, löst das einen Sog aus, in den Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Preisstabilität unweigerlich hineingerissen werden. Es gibt dafür gleich mehrfach Grund zur Besorgnis.

Schon die gegenwärtigen Kermdaten - Neuverschuldung der öffentlichen Hände in 1991 bei rund 200 Mrd. DM, sprich 7% des Bruttosozialprodukts, Gesamtschuldenstand bei etwa 1,2 Billionen DM, Zinsausgaben von 85 Mrd. DM - sind beunruhigend. Geradezu alarmierend freilich ist die Dynamik, mit der die Zinslast wachsen und die Handlungsfähigkeit der Haushaltspolitik lähmen wird.

Denn die kurz- und mittelfristige Finanzplanung des Bundes - jährliche Reduzierung der im Bundeshaushalt ausgewiesenen Neuverschuldung von 66 Milliarden DM in 1991 auf 50 Mrd. DM in 1992 bis hinunter auf 25 Mrd. DM 1995 - kann nicht ruhig stimmen. Die darin angestellten Rechnungen stecken voller Risiken und Unbekannten. Zu erwartende weitere Zuschüsse für die Treuhand und die Bundesanstalt für Arbeit, Zinszahlungen für Alt-schulden der ehemaligen DDR, Ausgaben für die Sanierung der ökologischen Altlasten und für die von den Ländern geforderte Aufstockung des Fonds Deutsche Einheit: All das sind noch nicht in die Berechnung eingestellte Kosten, die schnell alle optimistischen Schätzungen und Vorsätze zunichte machen können. Und weitere Sozialleistungen zeichnen sich ab. Allein die Vereinheitlichung des Rentenrechts ab 1993 wird jährlich etwa 22 Mrd. DM an Mehrkosten verursachen, zu deren Deckung eine Heraufsetzung der Beiträge kaum ausreichen dürfte. Ernstzunehmende Finanzexperten rechnen damit, daß Deutschland in einigen Jahren so viel Schulden angesammelt haben wird, wie die gesamte deutsche Volkswirtschaft jährlich an Werten hervorbringt. Bei einem Anteil des Steueraufkommens von 25% am Sozialprodukt und bei heutigen Zinsen hieße das: Rund ein Drittel der öffentlichen Haushalte ist von vornherein für Zinsen zu veranschlagen und steht für politische Gestaltung nicht mehr zur Verfügung - ein Szenario, das gerade den Aktionisten unter den Politikern zu denken geben muß.

Besorgniserregend ist auch die Verwendung, der die öffentlichen Mittel zugeführt werden. Rechtfertigen ließe sich schon die jetzige Staatsverschuldung allenfalls dann, wenn die Gelder überwiegend für wachstumsfördernde Maßnahmen ausgegeben würden. Das

Gegenteil aber ist der Fall. Die Regierung finanziert mit diesem Krediten mehr Sozialmaßnahmen, Subventionen und überhöhte Löhne als Investitionen. Dieser Trend setzt sich fort.

Am alarmierendsten aber ist die Tatsache, daß Parteipolitiker und druckstarke Interessenvertretungen selbst jetzt nicht aufhören, weitere milliarden-schwere Ansprüche an die Staatskasse zu richten. "Soziale Äquivalenz" ist dazu das neueste Stichwort. Allein die

"Alle Bemühungen um die Wiederauf- richtung Ostdeutschlands und selbst der vermeintlich gefestigte Wohlstand des Westens stehen und fallen mit der Solidität der öffentlichen Finanzen."

Regelung des Abtreibungsrechts wird mit Nebenforderungen in Höhe von rund 13 Mrd. DM im Jahr verbunden.

Unterdes steigt die Abgabenlast des Bürgers dramatisch an. Schon bald wird die Durchschnittsbelastung allein für die soziale Sicherung über 40% des um die Arbeitgeberbeiträge erhöhten Bruttolohnes ausmachen. Hinzu kommen die Steuerbelastungen und Abgaben. Der Handlungsspielraum des Bürgers wird damit noch weiter eingeengt. Aber auch der Staat gerät in die Ecke. Ganz gleich, ob er weitere Steuererhöhungen beschließt oder noch mehr Kredite aufnimmt und damit die ohnehin schon hohen Zinsen weiter nach oben treibt: Mit beiden Arten der Geldbeschaffungspolitik bremst er Investitionstätigkeit und wirtschaftliche Entwicklung mit allen daran hängenden Folgen für Beschäftigung und Preisklima - ganz abgesehen davon, daß die Steuereinkünfte auf diese Weise nicht steigen, sondern eher sinken werden.

Aus dieser Situation gibt es nur einen Ausweg: das Steuerherumzureißen und

die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren, an die sich die Westdeutschen seit langem gewöhnt haben und die Ostdeutschen sich schnell zu gewöhnen beginnen. Zunächst müssen die schon zur Verfügung gestellten Mittel, soweit irgend möglich, in investive Verwendungen umgelenkt werden. Sodann muß eine verlässliche Ausgabenkontrolle durchgeführt werden. Vor allem aber ist Mut zu Einsparungen aufzubringen. Er ist das Gebot nicht nur der Stunde, sondern der ganzen überschaubaren Zukunft, damit Schuldenberg und Abgabenlasten nicht über Gebühr steigen und einen gesamtwirtschaftlichen Infarkt heraufbeschwören. Doch damit alleine ist es nicht getan. Es muß im Zusammenwirken aller Fachkundigen

und politischen Kräfte ein umfassendes Gesamtkonzept für Deutschland erstellt werden, in dem sämtliche Elemente so gebündelt und eingesetzt werden, daß gesamtwirtschaftlich alle vorhandenen Kräfte freigesetzt und in ihrem Zusammenwirken optimiert werden. Ein solches Konzept, seit vielen Jahren angemahnt, verfolgen die Politiker nicht. Im Gegenteil: Über immer neuen Einzeländerungen und der Suche nach weiteren Finanzquellen ist der innere Zusammenhang zwischen Steuergesetzgebung und wirtschaftlicher Entwicklung Schritt für Schritt verloren gegangen. Mittlerweile verstopfen die steuerlichen Regelungen nicht selten gerade die Quellen, aus denen der Fiskus schöpfen will.

machen: daß die marktwirtschaftlichen Fundamente seither immer mehr unterpült und dem Staats- und Wirtschaftsbürger vom politischen Establishment und den organisierten Interessen immer weniger von seiner natürlichen Aktionskraft und seinem Leistungsinteresse belassen wurde.

In äußerster, auf Schelsky zurückgehender Zuspitzung: Der Wohlfahrtsstaat Bundesrepublik hat auf allen Feldern des Lebens den betreuten statt den selbständigen Menschen großgezogen. Angezielt von aller Politik, gleich welcher Richtung, wurde nicht das Individuum, das selbstvorsorgend und -bestimmend sein Leben führt und dafür den institutionellen Rückhalt bekommt, den es braucht. Angepeilt wurde der Mensch, der durch staatliche Hilfen immer mehr zum Objekt der Betreuung und Bevormundung wird.

Die marktwirtschaftliche Ordnung entscheidet

Gewiß, jeder Tag stellt alle am Wirtschaftsleben Beteiligten vor neue Situationen und Entscheidungen. Doch das ist kein Entschuldigungsgrund für orientierungsloses Handeln. Zwar kann es abschließende Maßnahmenkataloge und Patentrezepte nicht geben. Doch Orientierung gibt es: Die Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft.

Ordnung als zweckmäßig aufeinander abgestimmtes Zusammenwirken einer Vielheit von Faktoren liegt allem Lebendigen und Geschaffenen als Bauplan zugrunde, ermöglicht dem menschlichen Organismus das gesunde Gleichgewicht, der Maschine den störungsfreien Lauf. Nichts anderes gilt für den Wirtschaftskreislauf. Auch er braucht das richtige Ordnungsschema, wenn er funktionieren und die Bedürfnisse der Menschen befriedigen soll. Das beste dafür bisher erkannte und weiterentwickelte Modell ist die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer Funktionsverteilung und dem unternehmerischen, eigenverantwortlich handelnden

Menschen im Mittelpunkt. Dieses System ist bei uns aus dem Gleichgewicht geraten. Wir leiden an fortschreitender Ordnungsstörung und müssen sie gründlich beheben.

Darin liegt die eigentliche Herausforderung dieser Jahre und unsere große Chance zugleich. Gemessen daran verblissen die aktuellen Probleme der Staatsfinanzen, die Arbeitslosenquote, die Bürde des heruntergewirtschafteten Drittels unseres wiedervereinigten Landes, ja selbst die Anzeichen von Geldentwertung. Ohne Frage, sie alle stellen Warnzeichen erster Ordnung dar, doch werden sie sich ins Lot bringen lassen, wenn die geistig-moralische Kraft dafür aufgebracht wird, die auf der Basis eines klaren ordnungspolitischen Konzepts auch den Wiederaufbau der Bundesrepublik nach dem Krieg möglich gemacht hat.

Genau an diesem Punkt aber ist unser tieferes, die nächsten Jahre und Jahrzehnte bestimmendes Problem auszu-

Mit dieser polit-ökonomischen Sozialverfassung haben wir die soziale Selbständigkeit des einzelnen und damit seine Freiheit verringert, individuelle Verantwortungsbereitschaft abgebaut und den Menschen immer abhängiger gemacht: vom Staat und seinen Kollektiven, von Gruppeninteressen, Gruppenmeinungen und Gruppenemotionen. Die Zersetzung der eigenen Urteilskraft ist eine Folge davon. Auf diesem Weg sind elementare Antriebskräfte verkümmert, die zum Überlebensrüstzeug des einzelnen wie der Gemeinschaft zählen, und die wir gerade jetzt dringend brauchen.

Die Zielentscheidung muß also korrigiert werden, grundlegend und ohne Verzug. Denn die Versuchungen, das alte Spiel nach einigen staatlichen Einsparungen einfach fortzusetzen, sind allgegenwärtig - bei jeder Richtungsentscheidung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, bei jeder Haushaltsaufstellung, jeder Tarifver-

Auf einen Blick:

Die zweifache Herausforderung - wirtschaftlicher Aufbau in den neuen Bundesländern und Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit - verlangt von allen Verantwortlichen klares Denken und die Bereitschaft, das als richtig Erkannte in die Praxis umzusetzen. Alle Vorschläge und Maßnahmen sind daran zu messen, ob sie unsere Leistungsfähigkeit stärken oder schwächen. Für Parteien- und Gruppenprofilierung auf Kosten des Ganzen ist jetzt kein Raum mehr.

Vier übergreifende Deformationen in Wirtschaft und Gesellschaft lähmen die gerade jetzt benötigten Kräfte: Mangel an Beweglichkeit; Handeln zu Lasten Dritter; Überbeanspruchung des Staates; schwindende Wirklichkeitsorientierung. Aus diesem Befund folgt die Notwendigkeit politischer Neuorientierung in nahezu allen Bereichen. Die wichtigsten:

- Der Arbeitsmarkt muß wieder Vollbeschäftigung herstellen können. Dazu ist Differenzierung und Flexibilisierung geboten.
- Die staatlichen Eingriffe in das Marktgeschehen sind aufzubrechen; Deregulierung, Subventionsabbau,

Privatisierung die Elemente der notwendigen Entschlackungsoffensive.

- Unsere sozialen Sicherungssysteme können dauerhaft nur stabilisiert werden, wenn sie mehr auf Entscheidungsfreiheit und Verantwortungsbereitschaft des einzelnen setzen.

Kein Scheckbuch kann politische Konzepte ersetzen. Die politische Neuorientierung muß mit eiserner Finanzdisziplin einhergehen, wenn sich die Politik noch Gestaltungsspielraum erhalten will. Wir müssen dahin kommen, daß keine Regierung weitere Wohltaten vergibt, keine Opposition Versprechen macht und keine Interessengruppe Forderungen stellt, ohne selbst von den Bedachten peinliche Fragen nach dem Woher der Mittel befürchten zu müssen.

Auch die Zonengrenzen um unsere Tabus sind abzureißen. Arbeitslosigkeit, für den einzelnen durch staatliche Leistungen einigermaßen tragbar gemacht, ist notwendiges Durchgangsstadium im Strukturwandel zu neuen, produktiveren Arbeitsplätzen; alles, was diesen Prozeß hinausschiebt, richtet zusätzlichen Schaden an. Auch hier gilt: Wir dürfen unsere Gegenwartsinteressen nicht weiter auf Kosten der Nachwelt befriedigen, wo immer diese

Gefahr besteht, müssen wir zurückstecken.

Für diese klaren Linien läßt sich beim Volk Verständnis und Zustimmung finden. Sie sind nichts anderes als Ausdruck jener wirtschaftlichen Vernunft, die jeder verantwortungsbewußte Bürger seiner eigenen Lebensführung und Haushaltsplanung zugrundelegt. Daß angeblich andere Grundrechenarten gelten, wenn ein Volk wirtschaftet - und sich aus Gemeinschaftskassen bedienen kann, die es selber laufend speisen muß - ist einer der Grundirrtümer unserer Zeit.

Wenn wir auf marktwirtschaftlicher Basis unsere Kräfte zusammentun, werden wir die anstehenden Aufgaben bewältigen, freilich nicht mit einem Urknall, sondern im schrittweisen Vordringen, das seine Zeit braucht und nicht künstlich abgekürzt werden kann.

In diesem Prozeß, für den es viele hoffnungsvolle Anzeichen gibt, wird dann auch deutlich, daß Wirtschaften unter diesen Vorzeichen weit mehr ist als die bloße Produktion von Gütern und Dienstleistungen: Die Voraussetzung für die von der friedlichen Revolution angezielte schrittweise Ausbildung freier Verhältnisse und einer humaneren Ordnung.

handlung und jeder neuen Gruppenforderung.

Statt immer neue Tätigkeitsfelder für den Staat zu entdecken, muß der unternehmerische Mensch mit seiner Kreativität und Verantwortungsbereitschaft wieder zur Triebkraft der Gesellschaft werden. Gerade die schwere Aufhol-

jagd der ostdeutschen Bundesländer zeigt, wie unverzichtbar kreative Unternehmer sind, wenn es darum geht, eine funktionierende Wirtschaft als Lebensgrundlage für alle Bürger aufzubauen.

Ob der dazugehörige unternehmerische Geist sich entfalten kann, ob im

übertragenen Sinne möglichst viele bislang Unselbständige zu Unternehmern - auch ihres eigenen Lebens - werden und damit, im Beispiel der neuen Länder, an vorderster Front für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes sorgen, davon hängt ganz wesentlich ab, ob wir in diesen Jahren bestehen können.

Das 1982 gegründete Frankfurter Institut mit seinem wissenschaftlichen Beirat, dem Kronberger Kreis, will die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage unserer freiheitlichen Ordnung verständlich machen, die ihr drohenden Gefahren aufzeigen und zu ihrer zeitgemäßen Weiterentwicklung beitragen.

Zu diesem Zweck ist es darum bemüht, wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand in Politik und Gesellschaft einzutragen - unabhängig von Parteien und politischen Richtungen, nur der wissenschaftlichen Erkenntnis verpflichtet.

Zu den Instrumenten des Frankfurter Instituts zählen seine Veröffentlichungen. Eine Auswahl der neueren Titel:

Studien des Kronberger Kreises:

Soziale Marktwirtschaft in der DDR - Währungsordnung und Investitionsbedingungen (1990)

Soziale Marktwirtschaft in der DDR - Reform der Wohnungswirtschaft (1990)

Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland (1990)

Reform der öffentlichen Verwaltung - Mehr Wirtschaftlichkeit beim Management staatlicher Einrichtungen (1991)

Veröffentlichungen in Buchform:

Herbert Giersch, Europas Wirtschaft 1991: Ordnungspolitische Aufgaben in Ost und West (1991)

Tarifautonomie kontrovers (1991)

Argumente zur Wirtschaftspolitik:

Wirtschaftsreformen in der DDR - Das Soziale in der Marktwirtschaft

Deutsche Währungsunion - Die Risiken sind beherrschbar

Wirtschaftsreformen in der DDR - Das Eigentum in der Marktwirtschaft

Wirtschaftsreformen in der DDR - Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen

Reform der Unternehmensbesteuerung - im vereinten Deutschland noch dringlicher

Das Ärgernis der deutschen Rundfunkordnung

Lufttröhrenschnitt Eigentumszuordnung: Entschädigung vor Rückgabe

Im Brennglas: Arbeitslosigkeit und Tarifpraxis in den neuen Ländern

Pflegefall-Versicherung: Statt altem Teufelskreis endlich Zukunftsweisendes aufbauen

Abfallwirtschaft - als Teil der Volkswirtschaft begreifen

Herausgeber: FRANKFURTER INSTITUT für wirtschaftspolitische Forschung e. V., Kaiser-Friedrich-Promenade 157,
6380 Bad Homburg v. d. H., Telefon (06172) 42074, Telefax (06172) 42355

Direktor des Instituts: Gert Dahlmans Vorstandsvorsitzender: H. Joachim Krahen
Wissenschaftlicher Beirat: Kronberger Kreis